

möchten), die mit den Anpassungserfordernissen an die moderne Gegenwart in ein Spannungsverhältnis treten. Sie haben deshalb eine wahre Kunst darin entwickelt, gewisse archaische Hinterlassenschaften ihrer Geschichte gegen die Erosionsprozesse gesellschaftlicher Modernisierung abzusichern oder gar für Modernisierung positiv fruchtbar zu machen.

Von den altgermanischen Traditionen direkter Versammlungsdemokratie (Schweiz) bis zur Konservierung monarchischer Verfassungsformen (Liechtenstein und Monaco) spannt sich der Bogen möglicher Lösungen für das Problem, aus spezifischen Anpassungsverweigerungen ans internationale Umfeld ein Stück gesicherter nationaler Identität zu beziehen. Möglicherweise gewinnen Kleinstaaten gerade dadurch den nötigen Spielraum, um sich angstfrei einem konsequenten Modernisierungsprozess auszusetzen, der alle Lebensbereiche ausserhalb dieser unter "Heimatschutz" gestellten Partikularitäten tiefgreifend modifiziert.

3. Das "Konnektivitätsmodell"

Während das "Oberflächenmodell" sich in erster Linie auf die *mikrosoziale* Ebene interpersoneller Interaktionen und das "Differenzierungsmodell" eher auf die *Mesoebene* der Rollenstrukturen und Organisationen bezieht, so wird die Diskussion über die *Makrostruktur* und die *Politik* kleiner Staaten stark durch eine dritte Modellvorstellung beherrscht, die einen *Zusammenhang zwischen Systemgrösse und dem Verknüpfungsgrad seiner Teilelemente* postuliert.

Die Vorstellung, dass in kleinen Kollektiven ein besonders dichtgewobenes Netz sozialer Beziehungen bestehe, kommt beispielsweise in der populären Vorstellung zum Ausdruck, dass in kleinen Dörfern "jeder jeden kenne" und dass intermediäre parapolitische Organisationen wie Verbände oder Parteien deshalb kaum notwendig seien, weil jeder Bürger mit mindestens einem Behördemitglied eng genug bekannt sei, um ihm sein Anliegen persönlich vorzutragen (vgl. z. B. Wurzbacher/Pflaum 1954).

Und auch von ungleich umfangreicheren politischen Gemeinwesen wird oft behauptet, dass innerhalb ihrer Eliten ein einheitliches, zusammenhängendes Beziehungsnetz bestehe: mit der Folge, dass in der Politik eher "Konkordanz" anstatt "Konkurrenz" vorherrschend sei, weil auch die Führer potentieller Oppositionsgruppen mittels "Ko-option" in die Zentren der Entscheidungsfindung einbezogen würden (vgl. z. B. Lijphart 1977: passim; Lehmbruch 1975; Geser 1980; Geser 1991 u. a.).